

Bundesarbeitsgemeinschaft
Kritischer
Polizistinnen und Polizisten
(Hamburger Signal) e.V.



c/o Thomas Wüppesahl • Kronsberg 31 • 21502 Geesthacht-Krömmel

- **Bundessprecher** -

Thomas Wüppesahl
Kronsberg 31
D - 21502 Geesthacht-Krömmel

Tel.: 04152 – 885 666
Fax: 04152 - 879 669
Email: thomas@wueppesahl.de

Donnerstag, 12. Mai 2011

P R E S S E M I T T E I L U N G, Nummer 1

Wir bekunden unter besonderer Wertschätzung des innen- und rechtspolitischen Teils des sogenannten Koalitionsvertrages – trotz der alleinigen Zuordnung dieser beiden, auf Landesebene zu den Schlüsselressorts zählenden Ministerien an die SPD – anlässlich der Wahl eines ersten „Grünen“ zum Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland:

„Herzliche Glückwünsche an Winfried Kretschmann und seine MitstreiterInnen“

Das Positive überwiegt. Zunächst. Bisher. – Vor unserer Sicht auf die Innen- und Rechtspolitik, im Besonderen der Polizeipolitik, etwas Grundsätzliches, da die Geschicke der aus allen Poren durch und durch schwarz tiefenden baden-württembergischen Polizei von diesem Rahmen abhängen: Es hat aus unserer Sicht ein „Geschmäcke“, dass die (schwächere) SPD in Baden-Württemberg sämtliche Schlüsselressorts im Bereich der Sicherheit erhalten hat.

Demgegenüber gibt es – insbesondere im Bereich der Justiz- und Innenpolitik – lediglich zwei Gesichtspunkte, die das grün-schwarze Projekt gelingen lassen können:

1. Der Ministerpräsident hat nach der baden-württembergischen Landesverfassung eine noch mächtigere Stellung (Richtlinienkompetenz) als auf Bundesebene zum Beispiel die Kanzlerin nach dem Grundgesetz.
Um dies zur praktischen Geltung gelangen zu lassen, ist jedes Fachministerium in der Villa Reitzenstein (Staatskanzlei) gespiegelt. Gleichwohl kann kein Ministerpräsident ständig jedem Fachressort im Rahmen einer (hoffentlich) vertrauensvollen innerkoalitionären Zusammenarbeit ständig Orientierung geben.
Es kommt jetzt mindestens so auf das Augenmaß der SPD-MinisterInnen wie bisher

auf die von Vernunft getragene Kompromissfähigkeit der Grünen in Baden-Württemberg an.

2. Die SPD muss gerade im innenpolitischen Feld, auf dem bereits mehrere Landesregierungen (nicht bloß in Hamburg 2001) aus dem Amt gejagt worden sind – so wie auch im Bereich des Kultusministeriums wegen verfehlter Schulpolitiken – die notwendigen Veränderungen willentlich, planvoll und klug herbeiführen. Das geht. Wenn der Innenminister Gall es können und wollen sollte.

Jetzt aber zur Innenpolitik: Der Innenminister wird von der SPD gestellt. Nicht einmal der Justizminister kommt von den Grünen. Der über viele Jahre innenpolitischer Kärnerarbeit Erfahrung in sich tragende bisherige innenpolitische Sprecher der Grünen, Hanns-Ulrich Sckerl, wurde stellvertretender Fraktionsführer und Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion. Dazu gratulieren wir Kritischen herzlich! Dies erfolgte aber hoffentlich nicht – wie es unter Rot-Grün in Bonn und Berlin 1998 bis 2005 erfolgte –, um den innenpolitischen Ansatz mit Datenschmutz, Bürgerrechten, Polizeiproblemen en masse usw. schwach zu stellen?!

Um diesbezüglich Klarheit zu schaffen sollten die Grünen diesen Politiker in seiner Sprecherrolle im Bereich der Innenpolitik bestätigen!!!

Schon der Verzicht der Grünen, obwohl in Baden-Württemberg zur stärksten parlamentarischen Kraft geworden, das Innenressort zu beanspruchen, machte es – nicht bloß wegen der unwirklichen polizeilichen Übergriffe im Zusammenhang mit dem Immobilienprojekt der Neukreation eines Hauptbahnhofes in Stuttgart („Stuttgart 21“) – notwendig, dass dem Innenminister neben einem für diese Politikfelder wachsamem Ministerpräsidenten ein erfahrender parlamentarischer Mit- und gegebenenfalls Gegenspieler an die Seite gegeben wird und dieser das auch als konstruktiven Pluralismus erkennt und mitleben kann, um die garantiert im Bereich der Bürgerrechte weiterhin schwierigen Ereignisse möglichst klug zu bearbeiten und nicht so deppert zu agieren wie sein SPD-Kollege in Hamburg.

Grün-rot kann aber in Baden-Württemberg auch innenpolitisch nur gemeinsam bestehen. Das tendenzielle Scheitern eines letztlich mehr seiner Partei – der CDU – als dem Gemeinwohlinteresse mehr verpflichteten bei der Gesprächsserie zwischen Deutscher Bahn und Landesregierung auf der einen Seite und den „Stuttgart 21“-Gegnern auf der anderen Seite sollte auch der SPD zu denken geben. Es ist absolut notwendig, dass sie zügig und kraftvoll an strukturelle wie konzeptionelle Veränderungen in „ihrer“ Landespolizei herangeht.

Dazu gehören auch personelle Veränderungen in den Schlüsselstellungen der Landespolizei bis hinein in die Ministerialbürokratie, um unter rot-grün eine Neuorientierung in Stuttgart umzusetzen!

So wie bei einem Trainerwechsel von einem Bundesliga- zu einem anderen Bundesligaverein (wie unlängst Magath von Schalke zu Wolfsburg) mit diesem Trainer der Konditions-, Torwarttrainer, selbst die Physiotherapeuten etc. mitwechseln, so muss dies selbstverständlich auch bei diesem politischen Kulturbruch unter grün-rot in Stuttgart erfolgen.

Dazu gehört aber auch die Einbindung der grünroten Basis in der Landespolizei und deren Stärkung. Über Jahrzehnte hinweg hat die CDU über ihren Arbeitskreis Polizei gezielt parteipolitische Personalpolitik betrieben. Es gibt in den obersten Leitungsfunktionen nur

wenige Entscheidungsträger welche nicht durch den „TÜV“ des erkonservativen damaligen Landespolizeipräsidenten Hetger gegangen sind. Um hier in den kommenden Jahren zumindest ein Gleichgewicht herzustellen muss grünrot eigene Strukturen aufbauen. Dies geht nach 60 Jahren – konsequent konservativer – CDU-Herrschaft nur gemeinsam und nicht gegeneinander! Dafür wie eine parteipolitisch unveränderte Hierarchie dem jeweiligen Minister schaden kann, sei die Zeit des SPD-Innensenators von Hamburg vor den für die Hamburger Polizei katastrophalen Schilljahren ein warnendes Beispiel! Bedauerlicherweise eifert der amtierende frisch gekürte Innensenator Neumann dem nach.

Eine gelungene Umsetzung des Koalitionsvertrages kann jedenfalls nur mit einer grünen Beteiligung bei den rot geführten Ministerien und umgekehrt mit einer roten Beteiligung bei grün geführten Ministerien, die tatsächlich trotz formal klar definierter Leitungs- und Verantwortungsfunktion auf Augenhöhe stattfindet, gelingen!

Der Verzicht der Grünen sowohl in Rheinland-Pfalz, vorher schon in Nordrhein-Westfalen, und jetzt auch in Baden-Württemberg auf die Innen- wie Justizressorts wiegt schwer. Sehr schwer. **Eine Partei die den Regierungschef einer Koalition stellt, muss in allen Politikfeldern gut aufgestellt und bereit sein, Verantwortung zu übernehmen!**

Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag bei grün-rot in Stuttgart stellen für den Bereich der Bürgerrechte das bislang bei grünen Koalitionsbeteiligungen mit Abstand weitestgehende dar, das für die Bürgerrechte bei einer Landes- wie Bundesregierung erarbeitet werden konnte. Wir Kritischen PolizistInnen möchten beiden Parteien dazu ausdrücklich gratulieren! Und gleichzeitig versichern, dass wir ihre Regierungsarbeit – gerade nach dem Zulauf für unseren Berufsverband aus dem Ländle durch die polizeilichen Übergriffe wegen „Stuttgart 21“ - ähnlich sorgfältig begleiten werden wie Rot-Grün in Hamburg (1997 bis 2001), in Bonn / Berlin (1998 bis 2005) und Schwarz-Grün in Hamburg (19 Monate bis November 2010) mit zum Teil komplett unprofessioneller grüner Arbeit gerade auch in unserem Politikfeld. Dies war in allen diesen benannten Regierungskoalitionen ein substantieller Grund für das Scheitern der drei angeführten unter grüner Beteiligung vor sich hinmurksenden Regierungen!

Auch für Stuttgart gilt was bereits in Hamburg zwei Male und Bonn / Berlin auf Bundesebene über sieben Jahre vorgelebt worden ist: Die beiden Parteien haben nur gemeinsam eine Chance. Die amtierenden Baden-Württemberger Regierungsparteien haben gerade auch vor dem Hintergrund der gemachten, wegen Unzuverlässigkeiten in mehreren Bereichen gescheiterten vorstehend benannten Regierungskoalitionen, auch deshalb eine historische Chance. So wie es für die res publicae erforderlich war, dass der hypertroph und menschenfeindlich agierende CDU-Ministerpräsident Stefan Mappus aus seiner Überforderung befreit werden musste – wozu wir uns auch ein wenig einmischten – so werden wir Kritischen uns bemühen, zum Gelingen von Grün-Rot in Baden-Württemberg unseren Beitrag zu leisten.

Deshalb ist dies die „Pressemitteilung Nr. 1“ zur aktuellen Regierung in Baden-Württemberg, so wie wir zu „Stuttgart 21“ bislang zur Nummer 5 gelangt sind.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Wüppesahl, für den Vorstand

(Bei elektronischem Versand ohne Unterschrift)